

Kommentar zum Zwischenstaatlichen Sozialversicherungsrecht

herausgegeben von

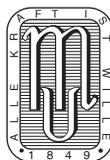
Hon.-Prof. Prof. Dr. Bernhard Spiegel

Ministerialrat im BMASGK/Universität Salzburg

Titelei

(7. Ausgabe 2021, ersetzt die 6. Ausgabe, ausgegeben im Dezember 2019)

(Dezember 2021)



Wien 2012

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag (Beispiele):

Lang: *BearbeiterIn in Spiegel* (Hrsg), Zwischenstaatliches Sozialversicherungsrecht, Art . . . VO 883/2004 Rz . . .

Kurz: *BearbeiterIn in Spiegel* Art . . . VO 883/2004 Rz . . .

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung des Herausgebers, der AutorInnen sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

Die Kommentierungen geben die persönliche Auffassung der AutorInnen wieder und müssen daher nicht deckungsgleich sein mit jenen der Organisationen und Einrichtungen, bei denen sie arbeiten.

ISBN 978-3-214-18094-2

ISBN 978-3-214-18101-7 (1.–96. Lfg)

© 2021 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@manz.at

www.manz.at

Druck: Prime Rate Kft., Budapest

Vorwort

Das zwischenstaatliche Recht der Sozialversicherung wurde in der Vergangenheit unter Federführung von Dr. *Helmut Siedl* gemeinsam mit mir im Rahmen der „Großen Gesetzausgaben“ von Manz herausgegeben. Durch den Tod von Dr. *Siedl* war eine Fortführung dieser Kommentierung in der bisherigen Form nicht mehr möglich. Zusätzlich verlangte auch die Ablöse der Verordnungen (EWG) 1408/71 und (EWG) 574/72 durch die Verordnungen (EG) 883/2004 und (EG) 987/2009 nach einer grundsätzlichen Überarbeitung des EU-rechtlichen Teils. Es wurde daher nach Wegen gesucht, um auch in Zukunft einen guten Überblick über die im zwischenstaatlichen Bereich der sozialen Sicherheit für Österreich wirksamen Regelungen bieten zu können.

Es bot sich an, den Kommentar auf die neue Manz-Kommentarlinie (Lieferungen in Teilheftchen) umzustellen, was unter anderem auch das oft mühsame Nachordnen der Loseblattausgaben erspart. Dafür konnte ein neues Team von Autoren gewonnen werden, die langjährige Erfahrung mit dem zwischenstaatlichen Recht der sozialen Sicherheit haben. Allerdings bringen die Autoren unterschiedliche Ansätze und Erfahrungen bei der bisherigen beruflichen Auseinandersetzung mit diesem Rechtsbereich mit (Verwaltung, Wissenschaft, EFTA-Überwachungsbehörde). Ziel war natürlich, einen möglichst homogenen und nach einheitlicher Struktur aufgebauten Kommentar zu erreichen. Dadurch sollten jedoch die Eigenständigkeit und Kreativität der einzelnen Autoren sowie deren spezifische Kenntnisse nicht gänzlich zurückgedrängt werden, sodass sich die einzelnen Teile auch als individuelle Werke präsentieren. So finden sich zB in einigen Teilen bereits Hinweise auf die wichtigste vorhandene Literatur, während die anderen Teile das erst bei einer der nächsten Überarbeitungen aufnehmen werden.

Für eine leichtere Orientierung über den Inhalt und die Verwendung dieses Kommentars sind einleitend einige allgemeine Festhaltungen erforderlich:

Der Kommentar soll schrittweise das gesamte Recht der zwischenstaatlichen sozialen Sicherheit darstellen, wobei beabsichtigt ist, die Rechtstexte sowie die ergänzenden offiziellen Texte, die für die Interpretation dieser Instrumente unerlässlich sind, widerzugeben. Die Kommentierung muss sich auf das Wesentliche beschränken, wird aber vor allem im Vergleich zu anderen im deutschsprachigen Raum bereits vorhandenen Kommentierungen besonders auf die Auswirkungen in Österreich eingehen. Wegen der Aktualität und quantitativen Bedeutung wurde zunächst die Verordnung (EG) 883/2004 bearbeitet; in einem nächsten Schritt werden dann die Verordnung (EG) 987/2009 und anschließend die bilateralen Abkommen folgen. Bei den Abkommen wird auch ein neuer Ansatz verfolgt werden. Zunächst sollen anhand eines „Leitabkommens“ die wesentlichen Grundsätze kommentiert werden; sofern es sich aber um dieselben Grundsätze, wie nach dem EU-Recht handelt, wird lediglich auf dieses verwiesen werden. Bei den anderen Abkommen werden dann, abgesehen von der Wiedergabe der offiziellen Erläuterungen die Unterschiede zum Leitabkommen herausgearbeitet werden. Auf jeden Fall soll auch bei den Abkommen jeweils der gültige Text leicht aufgefunden werden können.

Um bei Änderungen im maßgebenden Recht nicht ständig alle Teile austauschen zu müssen, war eine neue Struktur des Kommentars erforderlich. Es wird daher dem Kommentar ein Überblick vorangestellt, in dem der aktuelle Stand der zwischenstaatlichen Sozialversicherung

ersichtlich ist (mit allen Fundstellen der aktuellen Texte); ebenso wird in diesem Überblick bereits angegeben, in welchem Bearbeitungsstand sich der jeweilige Kommentarteil befindet. Wenn daher in Hinkunft zB die Verordnung (EG) 883/2004 durch eine neue Verordnung geändert wird, wird diese sofort in den Überblick aufgenommen werden; sollte eine Einarbeitung in den Kommentar dieser Verordnung aber erst später erfolgen, so wird der Überblick einen entsprechenden Hinweis enthalten.

Einige ältere Instrumente haben zwar weiterhin noch Gültigkeit, verlieren aber in der Praxis ständig an Bedeutung, wie zB das Europäische Abkommen über soziale Sicherheit des Euro-Parates. Solche Instrumente werden in den Kommentar nicht aufgenommen werden (insbesondere wenn diese wie das Europäische Abkommen auch sehr umfangreich sind); um auch diese Texte zur Hand zu haben, empfiehlt sich also ein Rückgriff auf die alte „*Siedl/Spiegel*“-Ausgabe. Das gilt auch für die Verordnungen (EWG) 1408/71 und (EWG) 574/72, die zwar noch einige Zeit für bestimmte Situationen Geltung behalten, aber für immer weniger Fälle. Auch für diese Verordnungen bleibt somit die alte „*Siedl/Spiegel*“-Ausgabe relevant. In der Kommentierung der Verordnungen (EG) 883/2004 und (EG) 987/2009 wird zum leichteren Auffinden stets ein Verweis auch auf das alte Recht zu Vergleichszwecken aufgenommen, wobei nach den Bestimmungen der alten Verordnungen die aktuellen Bestimmungen unter eckiger Klammer angefügt werden. Die weitere Gültigkeit der alten Ausgabe bezieht sich natürlich auch auf viele der bilateralen Abkommen, so lange der betroffene Staat noch nicht in die neue Struktur dieses Kommentars aufgenommen wurde.

Das Streben nach Kürze und Übersichtlichkeit bedingte auch, dass in den Texten auf eine Verwendung der Formen für beide Geschlechter nebeneinander verzichtet wurde; die verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen beziehen sich daher auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Wien, im Jänner 2012

Bernhard Spiegel

Seit den ersten Lieferungen ist der Kommentar erheblich gewachsen. Nunmehr kann der Leser bereits auch schon auf eine Kommentierung der Verordnung (EG) 987/2009 zurückgreifen, alle wesentlichen sonstigen Texte mit EU-Relevanz wurden aufgenommen und auch mit der Kommentierung der bilateralen Abkommen wurde bereits begonnen, wobei ein Allgemeiner Teil generell in die Abkommen einführt und insbesondere die Unterschiede zum EU-Recht herausarbeitet und dann anschließend in den länderspezifischen Teilen auf die einzelnen Länder näher eingegangen wird. Ziel dabei war, zunächst jene Abkommen aufzunehmen, die im *Siedl/Spiegel*-Kommentar nicht mehr behandelt wurden. Als Leitabkommen für die Kommentierung bot sich das neue Abkommen mit Serbien an, das in vielerlei Hinsicht als eines der modernsten Abkommen betrachtet werden kann, an dem sich auch in Hinkunft neue Abkommen bzw die Revision bestehender Abkommen orientieren werden. Von den wesentlichen Neuerungen der zwischenstaatlichen Abkommen fehlt nunmehr lediglich das 2. Zusatzabkommen zum Abkommen mit Australien (mit dem auch im Verhältnis zu Australien endlich Regelungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften aufgenommen werden konnten). Mit Australien wird derzeit nämlich eine Gesamtrevision des Abkommens vorbereitet und das aktuelle Recht soll daher erst dann in den Kommentar aufgenommen werden, wenn diese Arbeiten abgeschlossen wurden.

Neben der Aktualisierung der bereits vorhandenen Teile soll in Zukunft auch eine Aufnahme der Regelungen im Verhältnis zu internationalen Organisationen erfolgen wobei insbesondere die neuen Regelungen im Verhältnis zu den UN, zur UNIDO und zur CTBTO aufgenommen

werden müssen. Die Aktualisierung der bereits vorhandenen Lieferungen gestaltet sich aber zum Teil nicht einfach, da auch national wichtige Rechtsänderungen vorgenommen wurden (zB die Änderungen der Leistungen bei Invalidität), deren zwischenstaatliche Auswirkungen bisher noch nicht hinreichend geklärt sind. Es empfiehlt sich, diese nationalen Abklärungen abzuwarten und erst danach auch diese in den Kommentar aufzunehmen.

Wien, im Oktober 2013

Bernhard Spiegel

Am 13. 12. 2016 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Reform der Verordnungen (EG) 883/2004 und 987/2009 vorgelegt (KOM(2016) 815 endg), der weitreichende Änderungen in etlichen Bereichen dieser Verordnungen bringen soll (Gleichbehandlung, Pflegeleistungen, Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Familienleistungen, Beitreibung und etliche andere technische Anpassungen). Eine Überarbeitung und Aktualisierung der Kommentierung der beiden Verordnungen wurde daher seither hintangestellt, um diese große Reform abzuwarten. Bisher ist aber keine Einigung der europäischen Gesetzgeber (Rat und Europäisches Parlament) gelungen. Der Prozess im Europäischen Parlament wurde durch die Neuwahl im Mai 2019 unterbrochen und es ist derzeit noch nicht absehbar, welche Position die neue Europäische Kommission zu diesem Projekt einnehmen wird. Sollte eine Einigung gelingen, so ist bereits jetzt absehbar, dass die wesentlichen Änderungen erst nach einer Übergangszeit von wahrscheinlich zwei Jahren in Kraft treten werden. In einigen Bereichen der Kommentierung ist aber ein Zuwarten bis zu diesem Zeitpunkt insbesondere im Hinblick auf die seither eingetretenen Entwicklungen aufgrund neuer Judikatur bzw der Schaffung einer Europäischen Arbeitsbehörde nicht ratsam. Wir haben daher nunmehr begonnen, die Kommentierung in jenen sensiblen Bereichen zu aktualisieren, im Wissen, dass bei einem Inkrafttreten der Reform eine neuerliche Anpassung erforderlich sein wird.

Das wird aber in nächster Zukunft nicht die einzige wesentliche Änderung im Bereich der zwischenstaatlichen sozialen Sicherheit sein. Wie auch immer der Brexit stattfinden wird, wird er erhebliche Auswirkungen in diesem Bereich haben, der ein eigenes Kapitel für das Vereinigte Königreich erforderlich machen dürfte.

Zur Vermeidung von zu großen Lieferungen werden daher in nächster Zeit Prioritäten gesetzt werden müssen, um in den wichtigsten Bereichen eine möglichst aktuelle Fassung der Kommentierungen sicherstellen zu können. Andere Entwicklungen der internationalen sozialen Sicherheit, wie zB das neue Abkommen mit Albanien, können daher erst zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden.

Wien, im November 2019

Bernhard Spiegel

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

AutorInnenverzeichnis

Kurzformen der häufig zitierten EU-Verordnungen und Richtlinien

Abkürzungsverzeichnis

Überblick über die zwischenstaatlichen und internationalen Beziehungen Österreichs im Bereich der sozialen Sicherheit (*Spiegel*)

Verordnung (EG) 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates v 29. 4. 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Titel I

Allgemeine Bestimmungen

Art 1–10 (*Spiegel*)

Titel II

Bestimmung des anwendbaren Rechts

Art 11–16 (*Pörtl*)

Titel III

Besondere Bestimmungen über die verschiedenen Arten von Leistungen

Kapitel 1

Leistungen bei Krankheit sowie Leistungen bei Mutterschaft und gleichgestellte Leistungen bei Vaterschaft

Art 17–35 (*Zaglmayr*)

Kapitel 2

Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

Art 36–41 (*Zaglmayr*)

Kapitel 3

Sterbegeld

Art 42, 43 (*Zaglmayr*)

Kapitel 4

Leistungen bei Invalidität

Art 44–49 (*Pörtl*)

Kapitel 5

Alters- und Hinterbliebenenrenten

Art 50–60 (*Pörtl*)

Spiegel (Hrsg), Zwischenstaatliches Sozialversicherungsrecht, Titelei

VII

Inhaltsverzeichnis

	Kapitel 6
	Leistungen bei Arbeitslosigkeit
Art 61–65 (<i>Felten</i>)	
	Kapitel 7
	Vorruhestandsleistungen
Art 66 (<i>Felten</i>)	
	Kapitel 8
	Familienleistungen
Art 67–69 (<i>Felten</i>)	
	Kapitel 9
	Besondere beitragsunabhängige Geldleistungen
Art 70 (<i>Felten</i>)	
	Titel IV
	Verwaltungskommission und beratender Ausschuss
Art 71–75 (<i>Zaglmayr</i>)	
	Titel V
	Verschiedene Bestimmungen
Art 76–86 (<i>Baumann/Brunner</i>)	
	Titel VI
	Übergangs- und Schlussbestimmungen
Art 87–91 (<i>Baumann/Brunner</i>)	
	Anhänge I–XI
	Verordnung (EG) 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates v 16. 9. 2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
	Titel I
	Allgemeine Vorschriften
Art 1–13 (<i>Spiegel</i>)	
	Titel II
	Bestimmung der anwendbaren Rechtsvorschriften
Art 14–21 (<i>Pörtl</i>)	
	Titel III
	Besondere Bestimmungen über die verschiedenen Arten der Leistungen
	Kapitel I
	Leistungen bei Krankheit sowie Leistungen bei Mutterschaft und gleichgestellte Leistungen bei Vaterschaft
Art 22–32 (<i>Zaglmayr</i>)	
VIII	<i>Spiegel</i> (Hrsg), Zwischenstaatliches Sozialversicherungsrecht, Title I

	Kapitel II
	Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten
Art 33–41	(Zaglmayr)
	Kapitel III
	Sterbegeld
Art 42	(Zaglmayr)
	Kapitel IV
	Leistungen bei Invalidität, Alters- und Hinterbliebenenrenten
Art 43–53	(Pörtl)
	Kapitel V
	Leistungen bei Arbeitslosigkeit
Art 54–57	(Felten)
	Kapitel VI
	Familienleistungen
Art 58–61	(Felten)
	Titel IV
	Finanzvorschriften
Art 62–86	(Baumann/Brunner)
	Titel V
	Sonstige Vorschriften, Übergangs- und Schlussbestimmungen
Art 87–97	(Baumann/Brunner)
	Anhänge 1–5

Ergänzende und ändernde Vorschriften zu den VO 883/2004 und 987/2009

Anlage 1

Sozialversicherungs-Ergänzungsgesetz (Pörtl)

Anlage 2

Ergänzende Verordnungen und andere Rechtsakte der EU

VO 1231/2010

RL 2011/24/EU

VO 1149/2019

Anlage 3

Beschlüsse und Empfehlungen der Verwaltungskommission

1. Anzuwendende Rechtsvorschriften (A-Serie)

– Beschluss Nr **A1** v 12. 6. 2009 über die Einrichtung eines Dialog- und Vermittlungsverfahrens zu Fragen der Gültigkeit von Dokumenten, der Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften und der Leistungserbringung gemäß der Verordnung (EG) 883/2004

Spiegel (Hrsg), Zwischenstaatliches Sozialversicherungsrecht, Titelei

IX

(ABl C 2010/106, 1) – Beschluss Nr **A2** v 12. 6. 2009 zur Auslegung des Artikels 12 der Verordnung (EG) 883/2004 hinsichtlich der auf entsandte Arbeitnehmer sowie auf Selbständige, die vorübergehend eine Tätigkeit in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat ausüben, anzuwendenden Rechtsvorschriften (ABl C 2010/106, 5)

– Beschluss Nr **A3** v 17. 12. 2009 über die Zusammenrechnung ununterbrochener Entsendezeit, die gemäß den Verordnungen (EWG) 1408/71 und der Verordnung (EG) 883/2004 zurückgelegt wurden (ABl 2010/149, 3)

– Empfehlung Nr **A1** v 18. 10. 2017 zur Ausstellung der Bescheinigung gemäß Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr 987/2009 (ABl C 2018/183, 6)

2. Elektronischer Datenaustausch (E-Serie)

[– Beschluss Nr **E1** v 12. 6. 2009 über die praktischen Verfahren für die Zeit des Übergangs zum elektronischen Datenaustausch gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) 987/2009 (ABl 2010/106, 9)] (aufgehoben durch Beschluss Nr E 5)

– Beschluss Nr **E2** v 3. 3. 2010 über die Einführung eines Verfahrens für die Vornahme von Änderungen an den Angaben zu den in Artikel 1 der Verordnung (EG) 883/2004 genannten Stellen, die in dem elektronischen Verzeichnis, das Bestandteil von EESSI ist, aufgeführt sind (ABl 2010/187, 5)

[– Beschluss Nr **E3** v 19. 10. 2011 über die Übergangszeit gemäß Artikel 95 der Verordnung (EG) Nr 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl C 2012/12, 6)] (aufgehoben durch Beschluss Nr E 4)

– Beschluss Nr **E4** v 13. 3. 2014 über die Übergangszeit gemäß Artikel 95 der Verordnung (EG) Nr 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl C 152/2014, 21)

– Beschluss Nr **E5** v 16. 3. 2017 über die praktischen Modalitäten für die Übergangszeit zum elektronischen Datenaustausch nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr 987/2009 (ABl C 2017/233, 3) – Beschluss Nr **E6** v 19. 10. 2017 zur Bestimmung des Zeitpunkts, ab dem eine Nachricht im System für den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten (EESSI) als rechtlich zugestellt gilt (ABl C 2018/355, 4)

– Beschluss Nr **E7** v 27. 6. 2019 über die praktischen Modalitäten der Zusammenarbeit und des Datenaustauschs bis zur vollständigen Umsetzung des elektronische Austauschs von Sozialversicherungsdaten (EESSI) in den Mitgliedstaaten (ABl C 2020/73, 5)

3. Familienleistungen (F-Serie)

– Beschluss Nr **F1** v 12. 6. 2009 zur Auslegung des Artikels 68 der Verordnung (EG) 883/2004 hinsichtlich der Prioritätsregeln beim Zusammentreffen von Familienleistungen (ABl C 2010/106, 11)

– Beschluss Nr **F2** v 23. 6. 2015 über den Datenaustausch zwischen den Trägern zum Zweck der Gewährung von Familienleistungen (ABl C 52/2016, 11)

– Beschluss Nr **F3** v 19. 12. 2018 zur Auslegung des Artikels 68 der Verordnung (EG) Nr 883/2004 in Bezug auf die Methode zur Berechnung des Unterschiedsbetrags (ABl C 2019/215, 2)

4. Horizontale Angelegenheiten (H-Serie)

– Beschluss Nr **H1** v 12. 6. 2009 über die Rahmenbedingungen für den Übergang von den Verordnungen (EWG) 1408/71 und (EWG) 574/72 zu den Verordnungen (EG) 883/2004 und (EG) 987/2009 sowie über die Anwendung der Beschlüsse und Empfehlungen der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl C 2010/106, 13)

*[– Beschluss Nr **H2** v 12. 6. 2009 über die Arbeitsweise und Zusammensetzung des Fachausschusses für Datenverarbeitung der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl C 2010/106, 17)]* (aufgehoben durch Beschluss Nr H8)

– Beschluss Nr **H3** v 15. 10. 2009 über den Bezugszeitpunkt für die Festlegung der Umrechnungskurse gemäß Artikel 90 der Verordnung (EG) 987/2009 (ABl C 2010/106, 19)

– Beschluss Nr **H4** v 22. 12. 2009 über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Rechnungsausschusses der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl 2010/107, 3)

– Beschluss Nr **H5** v 18. 3. 2010 über die Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Betrug und Fehlern im Rahmen der Verordnung (EG) 883/2004 und der Verordnung (EG) 987/2009 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl C 2010/149, 5)

– Beschluss Nr **H6** v 16. 12. 2010 über die Anwendung bestimmter Grundsätze für die Zusammenrechnung der Zeiten gemäß Artikel 6 der Verordnung (EG) 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl C 2011/45, 5)

– Beschluss Nr **H7** v 25. 6. 2015 zur Änderung des Beschlusses Nr H3 über den Bezugszeitpunkt für die Festlegung der Umrechnungskurse gemäß Artikel 90 der Verordnung (EG) Nr 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl C 2016/52, 13)

*[– Beschluss Nr **H8** v 17. 12. 2015 über die Arbeitsweise und Zusammensetzung des Fachausschusses für Datenverarbeitung der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl C 2016/263, 4)]* (aufgehoben durch Beschluss Nr H10)

*[– Beschluss Nr **H9** v 17. 6. 2020 über die Verlängerung der Fristen nach Artikel 67 und 70 der Verordnung (EG) Nr 883/2004 sowie nach dem Beschluss Nr. S 9 aufgrund der COVID-19 Pandemie (ABl C 2020/259, 9)]* (aufgehoben durch Beschluss Nr H11)

– Beschluss Nr **H10** v 21. 10. 2020 über die Zusammensetzung des Fachausschusses für Datenverarbeitung der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl C 2021/89, 6)

– Beschluss Nr **H11** v 9. 12. 2020 zur Verlängerung der in den Artikeln 67 und 70 der Verordnung (EG) Nr 987/2009 sowie im Beschluss Nr S 9 genannten Fristen aufgrund der COVID-19 Pandemie (ABl C 2021/170, 4)

– Empfehlung Nr **H1** v 19. 6. 2013 betreffend das Urteil Gottardo, wonach die Vorteile, die den eigenen Staatsangehörigen aufgrund eines mit einem Drittstaat geschlossenen bilateralen Abkommens über soziale Sicherheit zustehen, auch Arbeitnehmern gewährt werden müssen, die Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten sind (ABl C 2013/279, 13)

– Empfehlung Nr **H2** v 10. 10. 2018 betreffend die Aufnahme von Authentifizierungsmerkmalen in portablen Dokumenten, die von einem Träger eines Mitgliedstaats ausgestellt wer-

den und den Status einer Person für die Zwecke der Anwendung der Verordnungen (EG) Nr 883/2004 und (EG) Nr 987/2009 bescheinigen (ABl C 2019/147, 6)

Horizontale Beschlüsse ohne „H-Nummer“

- **Satzung** der bei der Europäischen Kommission eingerichteten Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit v 16. 6. 2010 (ABl C 2010/213, 20)
- **Geschäftsordnung** des Beratenden Ausschusses für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit v 22. 10. 2010 (ABl C 2010/330, 3)

5. Pensionen (P-Serie)

- Beschluss Nr **PI** v 12. 6. 2009 zur Auslegung der Artikel 50 Absatz 4, 58 und 87 Absatz 5 der Verordnung (EG) 883/2004 hinsichtlich der Feststellung von Leistungen bei Invalidität und Alter sowie Leistungen an Hinterbliebene (ABl C 2010/106, 21)

*[– Empfehlung Nr **PI** v 12. 6. 2009 betreffend das Urteil Gottardo, wonach die Vorteile, die sich für inländische Arbeitnehmer aus einem bilateralen Abkommen über soziale Sicherheit zwischen einem Mitgliedstaat und einem Drittstaat ergeben, auch Arbeitnehmern aus anderen Mitgliedstaaten gewährt werden müssen (ABl C 2010/106, 47)]* (aufgehoben durch Empfehlung Nr H1)

6. Beitreibung (R-Serie)

- Beschluss Nr **R1** v 20. 6. 2013 über die Auslegung des Artikels 85 der Verordnung (EG) Nr 987/2009 (ABl C 2013/279, 11)

7. Leistungen bei Krankheit (S-Serie)

- Beschluss Nr **S 1** v 12. 6. 2009 betreffend die europäische Krankenversicherungskarte (ABl C 2010/106, 23)

- Beschluss Nr **S 2** v 12. 6. 2009 betreffend die technischen Merkmale der europäischen Krankenversicherungskarte (ABl C 2010/106, 26)

- Beschluss Nr **S 3** v 12. 6. 2009 zur Bestimmung der durch Artikel 19 Absatz 1 und Artikel 27 Absatz 1 der Verordnung (EG) 883/2004 sowie Artikel 25 Buchstabe A Absatz 3 der Verordnung (EG) 987/2009 abgedeckten Leistungen (ABl C 2010/106, 40)

*[– Beschluss Nr **S 4** v 2. 10. 2009 über Erstattungsverfahren zur Durchführung der Artikel 35 und 41 der Verordnung (EG) 883/2004 (ABl C 2010/106, 52)]* (ersetzt durch Beschluss Nr S 9)

- Beschluss Nr **S 5** v 2. 10. 2009 zur Auslegung des in Artikel 1 Buchstabe va der Verordnung (EG) 883/2004 definierten Begriffs „Sachleistungen“ bei Krankheit und Mutterschaft gemäß den Artikeln 17, 19, 20, 22, 24 Absatz 1, 25, 26, 27 Absätze 1, 3, 4 und 5, 28, 34 und 36 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EG) 883/2004 sowie zur Berechnung der Erstattungsbeträge nach den Artikeln 62, 63 und 64 der Verordnung (EG) 987/2009 (ABl C 2010/106, 54)

- Beschluss Nr **S 6** v 22. 12. 2009 über die Eintragung im Wohnmitgliedstaat gemäß Artikel 24 der Verordnung (EG) 987/2009 und die Erstellung der in Artikel 64 Absatz 4 der Verordnung (EG) 987/2009 vorgesehenen Verzeichnisse (ABl C 2010/107, 6)

*[– Beschluss Nr **S 7** v 22. 12. 2009 betreffend den Übergang von den Verordnungen (EWG) 1408/71 und (EWG) 574/72 zu den Verordnungen (EG) 883/2004 und (EG) 987/2009 sowie die Anwendung der Erstattungsverfahren (ABl C 2010/107, 8)]* (ersetzt durch Beschluss Nr S 10)

– Beschluss Nr **S 8** v 15. 6. 2011 über die Zuerkennung des Anspruchs auf Körperersatzstücke, größere Hilfsmittel oder andere Sachleistungen von erheblicher Bedeutung gemäß Artikel 33 der Verordnung (EG) 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl C 2011/262, 6)

[– *Beschluss Nr S 9* v 20. 6. 2013 über Erstattungsverfahren zur Durchführung der Artikel 35 und 41 der Verordnung (EG) Nr 883/2004 (ABl C 2013/279, 8)] (aufgehoben durch Beschluss Nr S 11)

– Beschluss Nr **S 10** v 19. 12. 2013 betreffend den Übergang von den Verordnungen (EWG) Nr 1408/71 und 574/72 zu den Verordnungen (EG) Nr 883/2004 und 987/2009 sowie die Anwendung der Erstattungsverfahren (ABl C 152/2014, 16)

– Beschluss Nr **S 11** v 9. 2. 2020 über Erstattungsverfahren zur Durchführung der Artikel 35 und 41 der Verordnung (EG) Nr 883/2004 (ABl C 236/2021, 4)

– Empfehlung Nr **S 1** v 15. 3. 2012 über die finanziellen Aspekte grenzübergreifender Leberorganspenden (ABl C 2012/240, 3)

– Empfehlung Nr **S 2** v 22. 10. 2013 über den Sachleistungsanspruch von Versicherten und ihren Familienangehörigen gemäß einem bilateralen Abkommen zwischen dem zuständigen Mitgliedstaat und einem Drittstaat während des Aufenthalts in dem Drittstaat (ABl C 2014/46, 8)

8. Leistungen bei Arbeitslosigkeit (U-Serie)

– Beschluss Nr **U1** v 12. 6. 2009 zu Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EG) 987/2009 hinsichtlich der Familienzuschläge zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit (ABl C 2010/106, 42)

– Beschluss Nr **U2** v 12. 6. 2009 zum Geltungsbereich des Artikels 65 Absatz 2 der Verordnung (EG) 883/2004 über den Anspruch auf Leistungen wegen Arbeitslosigkeit bei anderen Vollarbeitslosen als Grenzgängern, die während ihrer letzten Beschäftigung oder selbstständigen Erwerbstätigkeit im Gebiet eines anderen als des zuständigen Mitgliedstaats gewohnt haben (ABl C 2010/106, 43)

– Beschluss Nr **U3** v 12. 6. 2009 zur Bedeutung des Begriffs Kurzarbeit im Hinblick auf die in Artikel 65 Absatz 1 der Verordnung (EG) 883/2004 genannten Personen (ABl C 2010/106, 45)

– Beschluss Nr **U4** v 13. 12. 2011 über die Erstattungsverfahren gemäß Artikel 65 Absätze 6 und 7 der Verordnung (EG) Nr 883/2004 und Artikel 70 der Verordnung (EG) Nr 987/2009 (ABl C 2012/57, 4)

– Empfehlung Nr **U1** v 12. 6. 2009 über die Rechtsvorschriften, die auf Arbeitslose anzuwenden sind, die in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnstaat eine Teilzeittätigkeit ausüben (ABl C 2010/106, 49)

– Empfehlung Nr **U2** v 12. 6. 2009 zur Anwendung des Artikels 64 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) 883/2004 auf Arbeitslose, die ihren Ehepartner oder Partner begleiten, der in einem anderen Mitgliedstaat als dem zuständigen Staat eine Erwerbstätigkeit ausübt (ABl C 2010/106, 51)

Anlage 4

**Erklärungen nach Artikel 9 der Verordnung (EG) 883/2004 zum
Geltungsbereich dieser Verordnung**

Anlage 5

Leitfäden

**Praktischer Leitfaden zum anwendbaren Recht in der Europäischen Union (EU),
im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und in der Schweiz**

**Leitfaden betreffend eine nicht erschöpfende Liste von Problempunkten aufgrund der
COVID-19 Pandemie einschließlich Änderungen der Arbeitsbedingungen, Grenzschie-
ßungen usw und mögliche Lösungen**

(Deutsche Fassung noch nicht verfügbar)

Abkommen Allgemeiner Teil (*Spiegel*)

Abkommen Besonderer Teil

- Albanien (*Baumann/Brunner*)
- Australien (*Spiegel*)
- Bosnien (*Baumann*)
- Indien (*Spiegel*)
- Korea (*Baumann/Spiegel*)
- Nordmazedonien (*Baumann*)
- Moldau (*Baumann/Spiegel*)
- Montenegro (*Baumann/Spiegel*)
- Serbien (*Baumann/Spiegel*)
- Türkei (*Spiegel*)
- Uruguay (*Baumann/Spiegel*)
- Vereinigtes Königreich (*Spiegel*)

Assoziierungsabkommen Allgemeiner Teil (Zaglmayer)

**Koordinationsrecht im Verhältnis zu Internationalen
Organisationen (IO) und zur EU**

Allgemeiner Teil (Zaglmayer)

Besonderer Teil

1. EU-Beamten-Sozialversicherungsgesetz – EUB-SVG (Zaglmayer)

Stichwortverzeichnis

AutorInnenverzeichnis

MMag. *Herta Baumann* ist stellvertretende Leiterin der Abteilung für Internationale und Europäische Angelegenheiten der Sozialversicherung im Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Mag. *Alexandra Brunner* ist juristische Mitarbeiterin der Abteilung für Internationale und Europäische Angelegenheiten der Sozialversicherung im Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Mag. Dr. *Elias Felten* ist Universitätsprofessor an der Johannes Kepler Universität Linz, Institutsvorstand des Instituts für Arbeitsrecht und Sozialrecht und national expert für Österreich im europäischen Forschungsnetzwerk MoveS.

Dr. *Klaus Kapuy* ist Leiter der Abteilung Meritorik in der Pensionsversicherungsanstalt.

Mag. *Manfred Pörtl* ist im Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz stellvertretender Leiter der für europäisches Recht der sozialen Sicherheit und bilaterale Sozialversicherungsabkommen zuständigen Abteilung.

Hon.-Prof. Prof. Dr. *Bernhard Spiegel* ist im Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Leiter der für europäisches Recht der sozialen Sicherheit und bilaterale Sozialversicherungsabkommen zuständigen Abteilung und Hon.-Prof. an der Universität Salzburg.

Mag. *Bernhard Zaglmayer* (MAS) war zunächst stellvertretender Direktor der Abteilung Binnenmarkt in der EFTA-Überwachungsbehörde mit Zuständigkeit vor allem für den Bereich Freizügigkeit und Sozialrecht im Rahmen des EWR-Abkommens, ist derzeit Mitarbeiter der Europäischen Kommission, zuerst in der Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration und nun in der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU.

EU-Recht – Kurzformen der häufig zitierten Rechtstexte

- VO 3/58 = Verordnung Nr 3 über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer
- VO 1612/68 = Verordnung (EWG) 1612/68 des Rates v 15. 10. 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft
- VO 1408/71 = Verordnung (EWG) 1408/71 des Rates v 14. 6. 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern
- VO 574/72 = Verordnung (EWG) 574/72 des Rates v 21. 3. 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern
- VO 1661/85 = Verordnung (EWG) 1661/85 des Rates v 13. 6. 1985 zur Festlegung der technischen Anpassungen der Gemeinschaftsregelung auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit der Wanderarbeitnehmer in Bezug auf Grönland
- VO 1247/92 = Verordnung (EWG) 1247/92 des Rates v 30. 4. 1992 zur Änderung der Verordnung (EWG) 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern
- RL 96/71/EG = Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v 16. 12. 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen
- VO 1606/98 = Verordnung (EG) 1606/98 des Rates v 29. 6. 1998 zur Änderung der Verordnung (EWG) 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer, Selbständige und deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) 574/72 zur Durchführung der Verordnung (EWG) 1408/71 zwecks Einbeziehung der Sondersysteme für Beamte und ihnen gleichgestellte Personen
- VO 859/2003 = Verordnung (EG) 859/2003 des Rates v 14. 5. 2003 zur Ausdehnung der Bestimmungen der Verordnung (EWG) 1408/71 und der Verordnung (EWG) 574/72 auf Drittstaatsangehörige, die ausschließlich aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit nicht bereits unter diese Bestimmungen fallen
- VO 631/2004 = Verordnung (EG) 631/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates v 31. 3. 2004 zur Änderung der Verordnung (EWG) 1408/71 des Rates zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) 574/72 des Rates über die Durchführung der Verordnung (EWG) 1408/71 bezüglich der Angleichung der Ansprüche und Vereinfachung der Verfahren
- VO 883/2004 = Verordnung (EG) 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates v 29. 4. 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
- RL 2004/38/EG = Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v 29. 4. 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG

- VO 647/2005 = Verordnung (EG) 647/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates v 13. 4. 2005 zur Änderung der Verordnung (EWG) 1408/71 des Rates zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbstständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) 574/72 des Rates über die Durchführung der Verordnung (EWG) 1408/71
- RL 2006/123/EG = Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v 12. 12. 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt
- VO 592/2008 = Verordnung (EG) 592/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates v 17. 6. 2008 zur Änderung der Verordnung (EWG) 1408/71 des Rates zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbstständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern
- VO 987/2009 = Verordnung (EG) 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates v 16. 9. 2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
- VO 988/2009 = Verordnung (EG) 988/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates v 16. 9. 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und zur Festlegung des Inhalts ihrer Anhänge
- VO 1231/2010 = Verordnung (EU) 1231/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates v 24. 11. 2010 zur Ausdehnung der Verordnung (EG) 883/2004 und der Verordnung (EG) 987/2009 auf Drittstaatsangehörige, die ausschließlich aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit nicht bereits unter diese Verordnungen fallen
- VO 1244/2010 = Verordnung (EU) 1244/2010 der Kommission v 9. 12. 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) 883/2004
- VO 492/2011 = Verordnung (EU) 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates v 5. 4. 2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union
- VO 465/2012 = Verordnung (EU) 465/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates v 22. 5. 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) 883/2004
- VO 1224/2012 = Verordnung (EU) 1224/2012 der Kommission v 18. 12. 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) 883/2004
- VO 517/2013 = Verordnung (EU) 517/2013 des Rates v 13. 5. 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien
- VO 1372/2013 = Verordnung (EU) 1372/2013 der Kommission v 19. 12. 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) 883/2004

- RL 2014/67/EU = Richtlinie 2014/67/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates v 15. 5. 2014 zur Durchsetzung der Richtlinie 97/7/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen und zur Änderung der Verordnung (EU) 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“)
- VO 1368/2014 = Verordnung (EU) 1368/2014 der Kommission v 17. 12. 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EU) 1372/2013 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) 883/2004
- RL 2011/24/EU = Richtlinie 2011/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v 9. 3. 2011 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung
- VO 2016/679 = Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates v 27. 4. 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)
- RL 2018/957 = Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates v 28. 6. 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen
- VO 2018/1724 = Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates v 2. 10. 2018 über die Errichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Information, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) 1024/2012
- VO 2019/1149 = Verordnung (EU) 2019/1149 des Europäischen Parlaments und des Rates v 20. 6. 2019 zur Errichtung der Europäischen Arbeitsbehörde und zur Änderung der Verordnungen (EG) 883/2004, (EU) 492/2011 und (EU) 2016/589 sowie zur Aufhebung des Beschlusses (EU) 2016/344
- Austritts-Abk = Abkommen v 24. 1. 2020 über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft
- HZA = Abkommen v 24. 12. 2020 über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits

Abkürzungsverzeichnis

(s im Übrigen Abkürzungs- und Zitierregeln⁶)

AA	=	Abänderungsantrag
aA	=	andere(r) Ansicht
AB	=	Ausschussbericht
Abk	=	Abkommen
Abk-SozSi	=	Abkommen über Soziale Sicherheit
abl	=	ablehnend
ABl	=	Amtsblatt der EU (Ausgabe C: Mitteilungen und Bekanntmachungen, Ausgabe L: Rechtsvorschriften)
Abs	=	Absatz
Abschn	=	Abschnitt
abw	=	abweichend
aE	=	am Ende
AEUV	=	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	=	alte Fassung
AG	=	Arbeitgeber
AGIRC	=	Association générale des institutions de retraite des cadres (Betriebliches Altersrentensystem für Angestellte der unteren und mittleren Leitungsebene)
AHG	=	Amtshaftungsgesetz
AHV	=	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AK	=	Kammer für Arbeiter und Angestellte
AKG	=	Arbeiterkammergesetz
allg	=	allgemein
Alt	=	Alternative
AlV	=	Arbeitslosenversicherung
AlVG	=	Arbeitslosenversicherungsgesetz
AlVR	=	Arbeitslosenversicherungsrecht
aM	=	anderer Meinung
AMFG	=	Arbeitsmarktförderungsgesetz
AMPFG	=	Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz
AMS	=	Arbeitsmarktservice
AMSG	=	Arbeitsmarktservicegesetz
AN	=	Arbeitnehmer
AngG	=	Angestelltengesetz
Anh	=	Anhang
Anm	=	Anmerkung
ao	=	außerordentlich(e . . .)
APG	=	Allgemeines Pensionsgesetz
AR	=	Arbeitsrecht
ARB	=	Beschluss des Assoziationsrates
Arb	=	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
ARD	=	ARD-Betriebsdienst

Abkürzungsverzeichnis

ARRCO	=	Association pour le régime de retraite complémentaire des salariés (Betriebliches Altersrentensystem für Arbeitnehmer der Vereinigung für das betriebliche Altersversorgungssystem für Arbeitnehmer)
Art	=	Artikel
ARÜG	=	Auslandsrenten-Übernahmegesetz
ASchG	=	ArbeitnehmerInnenschutzgesetz
ASGG	=	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz
ASoK	=	Arbeits- und Sozialrechtskartei
ASRÄG	=	Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetz
ASVG	=	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
Aufl	=	Auflage
AU	=	Arbeitsunfall
ÄÜG	=	Arbeitskräfteüberlassungsgesetz
AuslBG	=	Ausländerbeschäftigungsgesetz
AuslBVO	=	Ausländerbeschäftigungsverordnung
AUVA	=	Allgemeine Unfallversicherungsanstalt
AuW	=	Arbeit & Wirtschaft
AVG	=	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz
AVRAG	=	Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz
B	=	Beschluss
BAK	=	Bundesarbeitskammer
BAO	=	Bundesabgabenordnung
Bd	=	Band
BDG	=	Beamten-Dienstrechtsgesetz
Bearb	=	Bearbeiter
Begr	=	Begründung
bes	=	besonders
beschr	=	beschränkt
Bespr	=	Besprechung
betr	=	betreffend
BG	=	Bundesgesetz
BGBI	=	Bundesgesetzblatt
BGE	=	Schweizerisches Bundesgericht
BHG	=	Betriebshilfegesetz
BK	=	Berufskrankheit
BKA	=	Bundeskanzleramt
B-KUVG	=	Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz
Blg	=	Beilage(n)
BlgNR	=	Beilage(n) zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
BM	=	Bundesminister(ium)
BMA	=	Bundesminister(ium) für Arbeit
BMAGS	=	(ehem) Bundesminister(ium) für Arbeit, Gesundheit und Soziales
BMAS	=	(ehem) Bundesminister(ium) für Arbeit und Soziales
BMASK	=	(ehem) Bundesminister(ium) für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMASGK	=	(ehem) Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
BMF	=	Bundesminister(ium) für Finanzen
BMFJ	=	(ehem) Bundesminister(ium) für Familie und Jugend

XXIV

Spiegel (Hrsg), Zwischenstaatliches Sozialversicherungsrecht, Titlei

BMG	= a) Bundesministeriengesetz 1986 b) (ehem) Bundesministerium für Gesundheit
BMGF	= (ehem) Bundesminister(ium) für Gesundheit und Frauen
BMI	= Bundesminister(ium) für Inneres
BMJ	= (ehem) Bundesminister(ium) für Justiz
BMSG	= a) (ehem) Bundesminister(ium) für soziale Sicherheit und Generationen b) (ehem) Bundesminister(ium) für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
BMSGPK	= Bundesminister(ium) für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
BMSK	= (ehem) Bundesminister(ium) für Soziales und Konsumentenschutz
BMsV	= (ehem) Bundesminister(ium) für soziale Verwaltung
BMSVG	= Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz
BMUJF	= (ehem) Bundesminister(ium) für Umwelt, Jugend und Familie
BMVG	= (ehem) Betriebliches Mitarbeitervorsorgegesetz
BMWA	= (ehem) Bundesminister(ium) für Wirtschaft und Arbeit
BMWFI	= (ehem) Bundesminister(ium) für Wirtschaft, Familie und Jugend
BPG	= Betriebspensionsgesetz
BPGG	= Bundespflegegeldgesetz
BR	= Bundesrat
BSchEG	= Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz
BSG	= Bundessozialgericht (deutsch)
bspw	= beispielsweise
BSVG	= Bauern-Sozialversicherungsgesetz
BU	= Berufsunfähigkeit
BUAG	= Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz
BUAK	= Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
BV	= a) Betriebsvereinbarung(en) b) Betriebliche Vorsorge
BVA	= Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter
BVAEB	= Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau
B-VG	= Bundes-Verfassungsgesetz
BV-Kasse	= Betriebliche Vorsorgekasse
BVwG	= Bundesverwaltungsgericht
BWK	= Bundeswirtschaftskammer
bzgl	= bezüglich
bzw	= beziehungsweise
DachV	= Dachverband
dagg	= dagegen
DE	= Deutschland
DG	= Dienstgeber
dh	= das heißt
DHG	= Dienstnehmerhaftpflichtgesetz
diesbez	= diesbezüglich
DLSG	= Dienstleistungsscheckgesetz
DN	= Dienstnehmer
DO.A	= Dienstordnung für Angestellte bei den Sozialversicherungsträgern

Abkürzungsverzeichnis

DO.B	=	Dienstordnung für Ärzte und Dentisten bei den Sozialversicherungsträgern
DO.C	=	Dienstordnung für Arbeiter bei den Sozialversicherungsträgern
DRdA	=	Das Recht der Arbeit
dRGBL	=	deutsches Reichsgesetzblatt
DSG	=	Datenschutzgesetz
DSGVO	=	Datenschutz-Grundverordnung (VO 2016/679)
DSK	=	Datenschutzkommission
DV	=	(bilaterale) Durchführungsvereinbarung
DVG	=	Dienstrechtsverfahrensgesetz
dzt	=	derzeit, derzeitig(. .)
E	=	Entscheidung
EAnm	=	Entscheidungsanmerkung
EAS	=	<i>Oetker/Preis</i> (Hrsg), Europäisches Arbeits- und Sozialrecht
EB	=	Erläuternde Bemerkungen (zur Regierungsvorlage)
EESSI	=	Electronic Exchange of Social Security Information (Elektronischer Austausch von Sozialversicherungsdaten)
EFTA	=	Europäische Freihandels-Assoziation
EFTA-GH	=	Gerichtshof für den EWR
EFZG	=	Entgeltfortzahlungsgesetz
EG	=	a) EG-Vertrag idF des Vertrags von Amsterdam BGBL III 1999/86 (ab 1. 5. 1999) b) Europäische Gemeinschaft
EGMR	=	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EG-V	=	EG-Vertrag idF vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam BGBL III 1999/86 (bis 30. 4. 1999)
ehem	=	ehemalig, ehemals
Einf	=	Einführung
ein	=	einhellig(. .)
EJSS	=	European Journal of Social Security
EK	=	Europäische Kommission
EKMR	=	Europäische Kommission für Menschenrechte
EKVK	=	Europäische Krankenversicherungskarte
ELA	=	Europäische Arbeitsbehörde (European Labour Authority)
EMRK	=	Europäische Menschenrechtskonvention
EO	=	Exekutionsordnung
EP	=	Europäisches Parlament
EPA	=	Europäisches Patentamt
erg	=	ergänzend(. .)
ErgBd	=	Ergänzungsband
ErgLfg	=	Ergänzungslieferung
Erl	=	a) Erlass b) Erläuterung(en)
Erw	=	Erwägungsgrund(-gründe)
et al	=	und andere
etc	=	et cetera (und so weiter)
EU	=	a) Europäische Union b) Erwerbsunfähigkeit
EUB-SVG	=	EU-Beamten-Sozialversicherungsgesetz

XXVI

Spiegel (Hrsg), Zwischenstaatliches Sozialversicherungsrecht, Titelteil

EuGH	=	Europäischer Gerichtshof
EuGöD	=	Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union
EuGVVO	=	Verordnung (EU) Nr 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates v 12. 12. 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2012/351, 1
EU-Schweiz Abk	=	Abkommen zwischen der EG und ihren Mitgliedstaaten sowie der Schweiz über die Freizügigkeit
EUV	=	Vertrag über die Europäische Union ABl C 1992/191, 1
ev	=	eventuell
EvBl	=	Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen in Österreichische Juristen-Zeitung
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	=	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	=	Europäischer Wirtschaftsraum
ex-Art	=	ehemaliger Artikel
f	=	und der, die folgende
FB	=	Familienbeihilfe
ff	=	und der, die folgenden
FLAF	=	Familienlastenausgleichsfonds
FLAG	=	Familienlastenausgleichsgesetz
FN	=	Fußnote
FRG	=	(deutsches) Fremdrengengesetz
FS	=	Festschrift
FSVG	=	Sozialversicherungsgesetz freiberuflich selbständig Erwerbstätiger
FZA	=	Freizügigkeits-Abkommen
G	=	Gesetz
gem	=	gemäß
ges	=	gesetzlich(. . .)
ggf	=	gegebenenfalls
ggt	=	gegenteilig(. . .)
GH	=	Gerichtshof
GKK	=	Gebietskrankenkasse
GP	=	Gesetzgebungsperiode
GRC	=	Grundrechtecharta (Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl 2000 C 364/1)
grds	=	grundsätzlich(. . .)
GSVG	=	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz
GZ	=	Geschäftszahl
H	=	Heft
h	=	Stunde(n)
hA	=	herrschende Ansicht
HB	=	Handbuch
HK	=	Handkommentar
hL	=	herrschende Lehre
hM	=	herrschende Meinung
ho	=	hierortige

Abkürzungsverzeichnis

Hrsg	=	Herausgeber
hrsg	=	herausgegeben
HS	=	Halbsatz
HV	=	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
HVG	=	Heeresversorgungsgesetz
HZA	=	Handes- und Zusammenarbeitsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich
IA	=	Initiativantrag
idF	=	in der Fassung
idgF	=	in der geltenden Fassung
idR	=	in der Regel
idS	=	in diesem (dem) Sinn
IEF	=	Insolvenz-Entgelt-Fonds
IEFG	=	IEF-Service-GmbH-Gesetz
ieS	=	im engeren Sinn
IESG	=	Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz
iFamZ	=	Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht
ILO	=	International Labour Organisation
inkl	=	inklusive
insb	=	insbesondere
IO	=	Internationale Organisation(en)
iR	=	a) in Rente b) Institution Repository
iS	=	im Sinn
iSd	=	im Sinn des/der
iSe	=	im Sinn einer/eines
iSv	=	im Sinn von
IV	=	Invalidität
IVF-Fonds-G	=	BG, mit dem ein Fonds zur Finanzierung der In-vitro-Fertilisation eingerichtet wird
iVm	=	in Verbindung mit
iwS	=	im weiteren Sinn
iZm	=	in Zusammenhang mit
iZw	=	im Zweifel
JN	=	Jurisdiktionsnorm
Jud	=	Judikatur
JUS	=	Jus-Extra, Beilage zur Wiener Zeitung
KAKuG	=	Kranken- und Kuranstaltengesetz
Kap	=	Kapitel
KBG	=	Kinderbetreuungsgeld
KBGG	=	Kinderbetreuungsgeldgesetz
Kdm	=	Kundmachung
KEZ	=	Kindererziehungszeiten
KGEG	=	Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz
KGG	=	Karenzgeldgesetz
KIAB	=	Zentrale Koordinationsstelle für die Kontrolle der illegalen Beschäftigung nach dem AusLBG und dem AVRAG des BMF

KollV	= Kollektivvertrag(. . .)
Komm	= Kommentar
KOVER	= Kostenverrechnungssystem der ö SV (zur elektronischen Umsetzung der Kostenverrechnung für die Sachleistungen der KV und UV)
KOVG	= Kriegsopferversorgungsgesetz
KRAZAF	= Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds
krit	= kritisch
K-SVFG	= Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz
KV	= (gesetzliche) Krankenversicherung
KVTr	= Krankenversicherungsträger
LDG	= Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz
Lfg	= Lieferung
LG	= Landesgesetz
LGBI	= Landesgesetzblatt
LH	= Landeshauptmann
Lit	= Literatur
lit	= litera (Buchstabe)
LLDG	= Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz
LPGG	= Landespflegegeldgesetz(e)
LReg	= Landesregierung
LSDB-G	= Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz
lt	= laut
mA	= meiner Ansicht
maW	= mit anderen Worten
MdE	= Minderung der Erwerbsfähigkeit
ME	= Ministerialentwurf
mE	= meines Erachtens
MISSOC	= Mutual Information System on Social Protection in the Member States of the European Union (Gegenseitiges Informationssystem zur sozialen Sicherheit)
Mitt	= Mitteilung
Mj	= Minderjährige(r)
mj	= minderjährig(e. . .)
MS	= (EU) Mitgliedstaat(en)
MSchG	= Mutterschutzgesetz
MV	= Mitarbeitervorsorge
MV-Kasse	= Mitarbeitervorsorgekasse
mwN	= mit weiterem(n) Nachweis(en)
NAG	= Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz
nF	= neue Fassung
NN	= Name unbekannt
Nov	= Novelle
NR	= Nationalrat
Nr	= Nummer
NSchG	= Nachtschwerarbeitsgesetz
nv	= nicht veröffentlicht
NVG	= Notarversicherungsgesetz 1972

Abkürzungsverzeichnis

NZA-RR	=	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht – Rechtsprechungsreport Arbeitsrecht
Ö	=	Österreich
ö	=	österreichisch(e. . .)
oÄ	=	oder Ähnliche(s)
Ob	=	Aktenzeichen des Obersten Gerichtshofes für Zivilsachen
ObA	=	Aktenzeichen des Obersten Gerichtshofes für Arbeitsrechtssachen
ObS	=	Aktenzeichen des Obersten Gerichtshofes für Sozialrechtssachen
odgl	=	oder dergleichen
OFG	=	Opferfürsorgegesetz
OGH	=	Oberster Gerichtshof
ÖGK	=	Österreichische Gesundheitskasse
OLG	=	Oberlandesgericht
oö	=	oberösterreichisch(. . .)
OrgHG	=	Organhaftpflichtgesetz
ÖStB	=	Österreichischer Städtebund (Schriftenreihe)
ÖStZB	=	Österreichische Steuerzeitung – Beilage (Finanzrechtliche Erkenntnisse)
ÖZPR	=	Österreichische Zeitschrift für Pflegerecht
P	=	Punkt
PG	=	Pensionsgesetz 1965
PGG	=	Pflegegeldgesetz(e)
PHG	=	Pensionsharmonisierungsgesetz
PKG	=	Pensionskassengesetz
Pkt	=	Punkt
PRIKRAF	=	Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds
PV	=	Pensionsversicherung
PVA	=	Pensionsversicherungsanstalt
PVTr	=	Pensionsversicherungsträger
RGBI	=	Reichsgesetzblatt
RIS	=	Rechtsinformationssystem
RIW	=	Recht der Internationalen Wirtschaft
RKG	=	(deutsches) Reichsknappschaftsgesetz
RL	=	Richtlinie(n)
Rn	=	Randnummer
RO	=	Rumänien
Rs	=	Rechtssache
Rsp	=	Rechtsprechung
RV	=	a) Rechtsvorschrift(en) b) Regierungsvorlage
Rz	=	Randzahl, -ziffer
RZSV	=	Richtlinien für die einheitliche Anwendung der Verordnungen der EG und der zwischenstaatlichen Abkommen im Bereich der sozialen Sicherheit des HV
S	=	a) Satz b) Seite
s	=	siehe
sa	=	siehe auch

XXX

Spiegel (Hrsg), Zwischenstaatliches Sozialversicherungsrecht, Titlei

schweiz	= schweizerisch(. . .)
SED	= Strukturierte Elektronische Dokumente
SGB	= Sozialgesetzbuch (deutsch)
Slg	= Sammlung
sog	= so genannt(. . .)
SozM	= Sozialrechtliche Mitteilungen der Arbeiterkammer Wien
SozSi	= Soziale Sicherheit – Fachzeitschrift der österreichischen Sozialversicherung
SP	= Schlussprotokoll
SRÄG	= Sozialrechtsänderungsgesetz
SSV-NF	= Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes in Sozialrechtssachen
StGBI	= Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich
StGG	= Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger
stJud	= ständige Judikatur
str	= strittig
stRsp	= ständige Rechtsprechung
StudFG	= Studienförderungsgesetz
sublit	= sublitera (Unterbuchstabe)
SUG	= Sonderunterstützungsgesetz
SV	= Sozialversicherung
SVA	= Sozialversicherungsanstalt
SVB	= Sozialversicherungsanstalt der Bauern
SV-EG	= Sozialversicherungs-Ergänzungsgesetz
SV-OG	= Sozialversicherungs-Organisationsgesetz
SVS	= Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen
SVTr	= Sozialversicherungsträger
SWK	= Österreichische Steuer- und Wirtschaftskartei
tw	= teilweise
uA	= unserer Ansicht
ua	= a) und andere b) unter anderem
uÄ	= und Ähnliche(. . .)
UAbs	= Unterabsatz
Übk	= Übereinkommen
udgl	= und dergleichen
uE	= unseres Erachtens
ÜHG	= Überbrückungshilfengesetz
unbeschr	= unbeschränkt
unr	= unrichtig
unzutr	= unzutreffend
usw	= und so weiter
uU	= unter Umständen
UV	= Unfallversicherung
uva	= und viele andere
UVG	= Unterhaltsvorschussgesetz
uvm	= und viele mehr
uzw	= und zwar

Abkürzungsverzeichnis

V	=	Verordnung
va	=	vor allem
VB	=	Vertragsbedienstete
VBG	=	Vertragsbedienstetengesetz
veröff	=	veröffentlicht
Vers	=	Versicherung(. . .)
VersorgS-EG	=	Versorgungssystem der Europäischen Gemeinschaften
VersRdSch	=	Versicherungsrundschau
VersTr	=	Versicherungsträger
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	=	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des VfGH
vgl	=	vergleiche
vH	=	vom Hundert
VK	=	Vereinigtes Königreich
VM	=	Versicherungsmonat(e)
VN	=	Vereinte Nationen
VO	=	Verordnung (va aus dem EU-Bereich)
VOG	=	Verbrechensopfergesetz
vollst	=	vollständig(. . .)
Vorbem	=	Vorbemerkung(en)
VwGH	=	Verwaltungsgerichtshof
VWK	=	Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
VwSlg	=	Sammlung der Erkenntnisse und Beschlüsse des VwGH
VwSlgNF	=	Sammlung der Erkenntnisse und Beschlüsse des VwGH, Neue Folge
wbl	=	wirtschaftsrechtliche blätter, Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht
WGSVG	=	(deutsches) Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung
WKO	=	Wirtschaftskammern Österreichs
wN	=	weitere Nachweise
Wv	=	Wiederverlautbarung
wv	=	wiederverlautbart
WVRÜ	=	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. 5. 1969
Z	=	Ziffer
ZA	=	Zusatzabkommen
ZAS	=	Zeitschrift für Arbeitsrecht und Sozialrecht
ZASB	=	Judikaturbeilage zur ZAS
zB	=	zum Beispiel
ZER	=	Zeitschrift für Europarecht
zgd	=	zuletzt geändert durch
ZIAS	=	(deutsche) Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht
zit	=	zitiert(. . .)
Zl	=	Zahl
ZPEMRK	=	Zusatzprotokoll zur EMRK
zT	=	zum Teil

XXXII

Spiegel (Hrsg), Zwischenstaatliches Sozialversicherungsrecht, Titlei

zust	=	zustimmend(. . .)
zutr	=	zutreffend
ZV	=	Zusatzvereinbarung
zwl	=	zweifelnd
zz	=	zurzeit

